



- die Februarsession mit der Ansprache von Landespräsident Christian Rathgeb eröffnet (Seite 2);
- das Budget 2010 der Rhätischen Bahn zur Kenntnis genommen;
- den Auftrag Ratti betreffend Verkauf des Flughafens Samedan mit 86:0 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- den Auftrag Cahannes betreffend gesetzlicher Verankerung von Palliative-Care-Leistungen in den Grundauftrag mit 104:0 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- von der Antwort der Regierung auf die Fraktionsanfrage der SP betreffend Kinderabzüge vom Steuerbetrag statt vom steuerbaren Einkommen Kenntnis genommen;
- von der Antwort der Regierung auf die SP-Fraktionsanfrage betreffend Wirkung von Steuerabzügen auf verschiedene Einkommensgruppen Kenntnis genommen.
- die Redaktionen der Südostschweiz Medien besucht.



- die traditionelle Fragestunde abhalten;
- die Ersatzwahl für ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer 2009–2010 vornehmen;
- die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Obligationenrecht beraten;
- von den Antworten der Regierung auf verschiedene parlamentarische Anfragen Kenntnis nehmen;
- den Fraktionsauftrag der SP betreffend Einführung des konstruktiven Referendums beraten;
- die Februarsession abschliessen.

Die heutige Sitzung beginnt um 8.15 Uhr.

## Rathgeb blickt schon weit in die Zukunft

**Eine geregelte Tourismusfinanzierung wäre für den Bündner Tourismus ein grosser Wurf. Das sagte Landespräsident Christian Rathgeb gestern zur Eröffnung der Februarsession.**

Chur. – Wenn der Landespräsident zur Eröffnung einer Grossratssession bereits weit in die Zukunft blickt, dann hat das in der Regel nur einen Grund: Das aktuelle Arbeitsprogramm des Parlaments ist zu dünnblütig, als dass sich daraus eine staatsmännische Rede fabrizieren liesse.

So geschehen auch gestern, als Landespräsident Christian Rathgeb bereits auf die im kommenden Herbst vorgesehene grosse Tourismusdebatte zu reden kam. Und in diese Debatte setzt Rathgeb grosse Hoffnungen: «Wir alle wissen, dass wir es in der Hand haben, einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Leitindustrie zu leisten – und damit zum Wohl des Tourismus in unserem Kanton.»

### Einen Rückschlag verhindern

Konkret meinte Rathgeb damit die Tourismusfinanzierung und die Strukturvereinbarung, über die der Grosse Rat zu befinden hat. Nur eine «sachlich und fundiert geführte Debatte» führe zum Ziel. Und vor allem müsse man verhindern, dass die «recht komfortable Ausgangslage» Graubündens einen Rückschlag erleide.

Als Beispiel dafür nannte Rathgeb den Kanton Wallis, wo das Volk im November mit seinem Nein zum Tourismusgesetz für ein «Abstimmungsdebakel» gesorgt habe. Dass das Gleiche nicht auch in Graubünden passiere, gehöre deshalb zur «politischen Verantwortung», die der Grosse Rat wahrzunehmen habe. (psica)

# Wenn die treuen Zeitungsleser zu den Zeitungsmachern gehen



**Auf Tuchfühlung:** «Südostschweiz»-Chefredaktor David Sieber hört sich die «Klagen» der Grossratsmitglieder an (oben links), während Verleger Hanspeter Lebrument mit Grossrat Leo Koch diskutiert (oben rechts). In der Druckvorstufe gibts schliesslich einen Kurzabriss über die technische Entwicklung (unten). Bilder Nadja Simmen

**Hoher Besuch für die Südostschweiz Medien: Gestern Abend schauten fast alle 120 Grossrätinnen und Grossräte bei den verschiedenen Redaktionen des Medienhauses vorbei. Eine gute Gelegenheit, um dies und das loszuwerden.**

Von Pieder Caminada

Chur. – Die erste konkrete Erinnerung des Schreibenden an den Grossen Rat geht auf die Siebzigerjahre zurück. Der Staatskundeführer hatte die gesamte Klasse in den Grossen Rat mitgeschleppt. Geblieben ist von damals nur ein Bild. Das Bild der Zeitung lesenden Grossräte, während im Rat eifrig debattiert wurde.

Dieses Bild – so viel weiss der Schreibende mittlerweile – gehört

einfach zu einem Parlament. Und in der Regel ist es auch nicht so, dass die Damen und Herren Grossräte sich um das Geschehen im Rat völlig foutieren würden. Entweder wissen sie schon, was der Redner sagen wird, weil in der Fraktionssitzung schon alles bis ins letzte Detail durchexerziert wurde, oder das Thema gehört gerade nicht zum persönlichen Spezialgebiet.

### Die Treusten der Treuen

Was immer auch der wahre Grund für die eifrige Zeitungslektüre im Grossen Rat sein mag, auf jeden Fall gehören die Volkvertreter zu den treuesten Zeitungslern im Kanton. Und just diese Treusten der Treuen besuchten gestern die Redaktionen der «Südostschweiz», des «Bündner Tagblatts» und auch von Radio Grischa. Oder etwas salopp formuliert: Die Zeitungslerner besuchten die Zeitungsmacher.

## Grosser Rat will verbindliche Grundlage für Palliative Care

**Die Palliative-Care-Leistungen sollen in Graubünden zum Standardangebot gehören. Das fordert der Grosse Rat mit der Überweisung eines Auftrags.**

Chur. – Der Entscheid fiel einstimmig und überdeutlich: Mit 104:0 Stimmen überwies der Grosse Rat den Auftrag von Barla Cahannes Renggli (CVP, Chur) zur gesetzlichen Verankerung von Palliative-Care-Leistungen im Grundauftrag. Palliative Care müsse im ambulanten und stationären Bereich zur Selbstverständlichkeit werden, forderte Cahannes. Sie erhielt für ihr Anliegen im Parlament Unterstützung von allen Fraktionen.

Ob allerdings die gesetzliche Verankerung von Palliative Care und deren Finanzierung über eine Revision des Krankenpflegegesetzes erfolgen wird,

wie Cahannes dies im Auftrag angeht, ist noch offen. Wie Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gestern vor dem Rat betonte, bestehen bereits gesetzliche Regelungen zu Palliative Care im Gesundheitsgesetz. Zur Schliessung der in der Versorgung noch vorhandenen Lücken reiche möglicherweise eine Anpassung der Verordnung zum Gesundheitsgesetz. Cahannes zeigte sich mit dieser Einschränkung bei der Überweisung des Vorstosses einverstanden.

### Nationale Richtlinien erwartet

Gemäss Janom Steiner ist derzeit auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe damit beschäftigt, die Lücken zu definieren, die bei der flächendeckenden Versorgung mit Palliative Care noch bestehen. Diese Arbeiten will der Kanton abwarten, bevor er selber tätig wird. (psi)



Wer erwartet hatte, die Damen und Herren Politiker würden aus lauter Höflichkeit (oder aus politischem Kalkül) die Zeitungsmacher über den grünen Klee loben, sah sich schnell getäuscht. Im Gegenteil, es war die Gelegenheit, denen, die immer alles besser wissen wollen, endlich einmal zu sagen, was einem so alles nicht passt. Da beklagte sich eine Grossrätin ganz bitterlich, sie werde von der «Südostschweiz» konsequent totgeschwiegen – egal, was immer sie im Parlament auch sage. Und ein Grossrat übte Kritik, die Kirchen kämen in der Zeitung stets zu kurz, was Chefredaktor David Sieber mit Verweis auf die breit dargestellten Wirren in der Evangelischen Kirchgemeinde Chur vehementement dementierte.

Aber es wurde auch viel geflacht und gefachsimpelt auf dem Rundgang durch die Redaktions- und Technik-

räume der Südostschweiz Medien. Und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wären nicht in der Politik, wenn sie gerade in einem Wahljahr sich nicht gegenseitig etwas piesacken würden.

### Auch die Macher sind Leser

Und das Fazit? Am Ende des Rundgangs war doch vom einen und anderen Parlamentarier zu vernehmen, er hätte nie gedacht, was es alles brauche, bis er im Grossen Rat die Zeitung aufschlagen und sich in die Lektüre vertiefen könne.

Ein Nachsatz an die Adresse der Grossräte sei noch erlaubt. Es ist nicht so, dass die Zeitungsmacher nur schreiben, sie sind auch Leser. Etwa der grossrätlichen Botschaften oder der parlamentarischen Vorstösse. Vielleicht tun sie aber nicht immer ganz so intensiv wie die Gegenseite.

## Regierung hat das Parlament «überholt»

Chur. – Mit 86:0 Stimmen hat der Grosse Rat gestern den Auftrag von Gian Duri Ratti (BDP, Oberengadin) zum Verkauf des Flugplatzes Samedan überwiesen. Mit dem Auftrag wird die Regierung aufgefordert, alle Möglichkeiten zur Sicherstellung des Flugbetriebs in Samedan zu prüfen und – nebst dem Verkauf – auch Lösungen auf der Basis von Pachts- und Baurechtsverträgen zu prüfen.

Dieser Aufforderung ist die Regierung bereits nachgekommen. Im vergangenen Dezember hatte sie sich mit der Engadin Airport AG, der Betreiberin des Flugplatzes, auf den Abschluss eines Baurechts- und Betriebsvertrags geeinigt. Die Realität habe damit die Beantwortung des Auftrags überholt, sagte Regierungsrat Stefan Engler gestern im Rat. Die Dauer des Vertrags sei Gegenstand der Verhandlungen, sagte Engler. Zur Diskussion steht offenbar eine Laufzeit von 40 oder 60 Jahren. (psi)

## Noch vieles unklar bei Albula-Sanierung

Chur. – Die Frage über das Vorgehen bei der Erneuerung des stark sanierungsbedürftigen Albulatunnels der RhB ist noch nicht beantwortet. Bis im Frühsommer würden die verantwortlichen der RhB entscheiden, ob der Tunnel einer umfassenden Sanierung unterzogen oder ob eine neue Röhre gebaut werden soll. Das sagte Regierungsrat Stefan Engler gestern im Grossen Rat bei der Behandlung des Budgets 2010 der RhB.

Ebenfalls noch nicht geklärt ist die Finanzierung des Tunnelvorhabens. In diesem Bereich brauche es noch grosse Anstrengungen, betonte Engler. Gemeinsam mit den Bündner Bundesparlamentariern werde sich die Regierung beim Bund dafür einsetzen, dass die Finanzierung ausserhalb der normalen Bundesmittel für die Substanzerhaltung bei der RhB erfolgen könne. Aussichtslos sei dies nicht, der Kanton habe «gute Trümper in der Hand», so Engler. (psi)